



Das alpine Solarprojekt Schattenhalb Tschingel Ost ist Teil einer Kontroverse, die die Berner Regierung beschäftigt.

VISUALISIERUNG BKW

Schwere Vorwürfe gegen die BKW

Energieversorger soll laut Umweltbüro negative Folgen eines Solarprojekts für die Natur vertuscht haben

DAVID VONPLON, ERICH ASCHWANDEN

Die Bedenken gegen ein alpines Solarwerk kommen für einmal von ungewohnter Seite. Es sind von der BKW selber eingesetzte Gutachter, die dem Stromkonzern massive Vorwürfe machen. Die BKW soll die Behörden im Zusammenhang mit der alpinen Solaranlage Tschingel bei Schattenhalb im Berner Oberland irreführt und getäuscht haben. Diese Beschuldigung erhebt ein Beratungsbüro in einem Brief an den Berner Regierungsrat Christoph Ammann. Die NZZ erhielt das Schreiben vom 17. Januar gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz.

In der Kontroverse geht es um die Frage, wie stark die Wildtiere durch den Bau und Betrieb der Photovoltaik-Anlage betroffen sind, die die BKW im Jagdbanngebiet Schwarzhorn errichten will – und welche Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen die Energieversorgerin ergreifen muss, um die Umweltschäden zu kompensieren. Das Umweltbüro führte im Auftrag der BKW Energie AG verschiedene Erhebungen und Berichte zu Wildtieren durch.

Da es sich um eine sensible Landschaft handelt, spielt es eine entscheidende Rolle, wie der sogenannte Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) ausfällt. Je stärker die Beeinträchtigungen für die Wildtiere sind, umso mehr aufwendige Massnahmen muss der Energiekonzern ergreifen. Im Dezember 2024 hat die BKW den Bericht beim zuständigen Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli eingereicht. Gemäss dem Büro, das für Erhebungen im Zusammenhang mit Wildtieren verantwortlich war, hat das Unternehmen dabei getrickelt.

Schutzwirkung «frei erfunden»

Im Bericht «wurden relevante Resultate und Angaben zu den Wildtieren von der BKW oder des von ihr beauftragten UVB-Verfassers gelöscht, zugunsten des Bauprojekts geschönt oder in falschem Zusammenhang missverständlich wiedergegeben», heisst es im Schreiben an den Berner Energie- und Umweltdirektor. So würden unter anderem geschützte und auf der roten Liste befindliche Tierarten im Bericht unterschlagen. Arten wie Schneehuhn, Bartgeier, Steinadler und Luchs seien im Bericht schlicht weggelassen worden.

Auch sei die Bedeutung des Anlagenstandorts als Lebensraum für Gamsen und Hirsche bewusst abgeschwächt worden. Sogar als «frei erfunden» bezeichnen die Biologen im Brief die von der BKW behauptete Schutzwirkung der Anlage für gewisse Tierarten. Dies sei im finalen Bericht hinzugefügt worden, obwohl diese Schlussfolgerung wildbiologisch nicht haltbar sei. Im Bericht sind denn auch keine Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen für die aufgeführten Arten geplant – entgegen der Empfehlung der Fachexperten.

Auch die Methoden, mit denen der Energiekonzern angeblich zu den erwünschten Resultaten gekommen ist, prangert das Umweltbüro im Schreiben an den Regierungsrat an. «Wir und weitere am UVB Beteiligte wurden von der BKW unter Druck gesetzt, unsere Berichte in deren Sinn anzupassen, Inhalte nicht wiederzugeben oder stark abzuschwächen.» Konkret hätten die BKW-Verantwortlichen angedroht, dass die Rechnung für die Aufwände nur bezahlt würde, «wenn die Aussagen im Bericht entsprechend angepasst würden». So sei die Rechnung für das durchgeführte Wildkamera-Monitoring noch ausstehend, heisst es im Schreiben.

Das Umweltbüro betont in seinem Schreiben, dass man nicht an die Berner Regierung gelange, um das Projekt zu verhindern. Vielmehr gehe es darum, eine transparente Darstellung der Ausgangslage sicherzustellen und zu gewährleisten, dass die Berner Regierung das Projekt sachgemäss beurteilen könne. Auch wolle man verhindern, dass das Büro selber durch die oben geschilderten Mängel im Bericht in Verruf geraten könnte.

Die Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion des Kantons Bern will sich inhaltlich nicht zum Konflikt äussern. Sprecherin Susanna Regli bestätigt aber, dass der Regierungsrat Christoph Ammann Hinweise auf Unstimmigkeiten im UVB erhalten habe. Da es sich um Arbeiten im Auftrag der BKW handelte, habe die Direktion umgehend die BKW informiert und sie zu Abklärungen aufgefordert.

Gutachten entlastet BKW

Die harschen Vorwürfe des Umweltbüros haben die BKW in Aufruhr versetzt. Der Sprecher Philipp Mäder er-

klärt auf Anfrage, das Unternehmen habe nach Kenntnisnahme der Vorwürfe am 17. Januar eine interne Untersuchung gestartet, um sich ein Bild über den Sachverhalt zu verschaffen. Einige Tage später habe das Unternehmen zudem die Anwaltskanzlei Baker McKenzie beauftragt, um von unabhängiger Stelle die Vorwürfe zu untersuchen. Dazu seien sämtliche relevanten Unterlagen ausgewertet und die Projektmitarbeitenden der BKW befragt worden. Überdies habe man die Behörden angewiesen, den UVB vorläufig nicht zu verwenden.

Im Gutachten, das erst im Entwurf vorliegt, kommt Baker McKenzie zum Schluss, dass es nicht zutrefte, dass wesentliche Inhalte des UVB irreführend und täuschend seien. Auch seien die am Bericht beteiligten Umweltbüros nicht unter Druck gesetzt worden. Allerdings haben die Anwälte in den Entwürfen Kommentare von BKW-Mitarbeitenden festgestellt, die «unangemessen und unsachlich» seien. Diese Kommentare hätten das Gesamtergebnis des Berichts jedoch nicht in relevanter Weise beeinflusst.

Der Vorwurf, dass die BKW gedroht habe, ihre Rechnungen nicht zu bezahlen, falls der Bericht nicht im Sinne der BKW angepasst würde, entbehrt laut Baker McKenzie jeglicher Grundlage. Vielmehr habe das Beratungsbüro seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Auftraggeber BKW verletzt. Das Umweltbüro habe sich geweigert,

seinen Bericht mit der BKW zu besprechen, und stattdessen mit dem Schreiben an Regierungsrat Christoph Ammann die Eskalation gesucht.

Prestigeprojekt gefährdet

Beim Kraftwerk mit einer erwarteten Jahresproduktion von 14 Gigawattstunden handelt es sich um ein Prestigeprojekt der BKW. Als eines von wenigen Vorhaben aus dem mit grossen Erwartungen gestarteten alpinen Solarexpress hatte Tschingel trotz schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bisher gute Realisierungschancen.

Sowohl die Alpengenossenschaft Grindel als Landbesitzerin wie auch die Gemeinde Schattenhalb haben der 9 Hektaren grossen Anlage bereits zugestimmt. Zahlreiche andere Projekte in der ganzen Schweiz sind am Widerstand der Standortgemeinden gescheitert. Die BKW hat das Baugesuch im Mai 2024 eingereicht.

Auch für die Kreise, die das Projekt bekämpfen, geht es um viel. Als «Perle unter den Berner Oberländer Alpentälern» bezeichneten vier Organisationen aus dem Haslital im März 2024 das Reichenbachtal, wo die Anlage zu stehen kommen soll. Die SAC-Oberhasli, Haslital Tourismus, die Jungfrau Tourismus AG und der örtliche Bergführerverein forderten in einem offenen Brief die BKW auf, auf die Realisierung von Solarprojekten in diesem Gebiet zu verzichten. In einem Brief, über den die «Berner Zeitung» zuerst berichtete, heisst es, diese wunderbare Natur- und Kulturlandschaft müsse erhalten bleiben.

Es handelt sich ausserdem um die einzige alpine Solaranlage, die in einem eidgenössischen Jagdbanngebiet entstehen soll. Diese Gebiete dienen dem Schutz und der Erhaltung von seltenen und bedrohten wildlebenden Säugetieren und Vögeln, schreibt das Bundesamt für Umwelt. Mit dem besonderen Schutz sollen die Lebensräume der jagdbaren Arten erhalten bleiben. Grundsätzliche Einwände gegen das Projekt gibt es seitens der Behörden vor allem vom Jagdinspektorat des Kantons Bern. Die BKW bezeichnet diese Bedenken jedoch als unbegründet.

Es ist offen, ob die vergiftete Kontroverse Konsequenzen haben wird. Das Baugesuch für den geplanten Solarpark Tschingel ist immer noch hängig.

Streit um alpine Solaranlage

In Schattenhalb (BE) will die BKW ein Kraftwerk bauen



NZZ / ase

Schweiz an EU-Treffen dabei

Karin Keller-Sutter reist nach Polen

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Regierung Trump erzählt nicht nur Unsinn. Zu den nachvollziehbaren Äusserungen aus Washington gehört die Kritik, dass Europa Trittbrettfahrerin der USA in der Verteidigung sei. Die Schweiz war sozusagen Trittbrettfahrerin der Trittbrettfahrerin. Doch Trump hat das Trittbrett weggezogen, zumindest verbal. Europas Vertrauen in den amerikanischen Schutzschild ist gebrochen; dieses Vertrauen dürfte auch nach einem Regierungswechsel in Washington kaum vollständig zurückkommen.

Der europäische Kaiser ist nackt: Eine glaubwürdige «europäische Nato» ohne amerikanische Unterstützung lässt sich nicht über Nacht aufbauen. Viele Länder rüsten auf, und gleichzeitig suchen die Europäer nach mehr Effizienz. Eine Europäisierung könnte dank Skalenerträgen und Vermeidung von Doppelspurigkeit grosse Effizienzgewinne bringen, doch die Verteidigungspolitik gehört zum Kern des Kerns von Nationalstaaten.

Idee für Verteidigungsfonds

Laut einem Bericht des Nachrichtensportals «Politico» wird das informelle Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister der EU-Länder diesen Freitag in Warschau die Idee eines neuen europäischen Verteidigungsvehikels diskutieren – unter Beizug von Ministern aus der Schweiz, aus Norwegen und aus dem Vereinigten Königreich. Die Brüsseler Denkfabrik Bruegel hat dazu am Montag eine Analyse zuhanden des Ministertreffens publiziert. Der Vorschlag ist angelehnt an den Europäischen Stabilitätsmechanismus, der als Folge der Finanzkrise von 2008 entstanden war. Laut Bruegel könnte das vorgeschlagene Vehikel in gewissen strategischen Bereichen als exklusive Quelle für Planung, Einkäufe und Finanzierung dienen. Das Vehikel wäre auch für Nicht-EU-Länder offen; vorgesehen wären Mitgliederbeiträge in Form von Quoten.

Das Bruegel-Papier enthält indes auch weniger weitgehende Vorschläge – zum Ausbau bestehender Kooperationsvehikel wie der Europäischen Verteidigungsagentur. Konkrete Beschlüsse sind für den Freitag nicht zu erwarten. Das informelle Treffen soll dem Meinungs- und Informationsaustausch dienen.

In Bern hat das Finanzdepartement (EFD) am Montag per Medienmitteilung bestätigt, dass Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter teilnehmen werde. Die «erstmalige Einladung» zu einem solchen Treffen der EU-Minister hat die Schweiz laut EFD im vergangenen Jahr von Polen erhalten, das derzeit die EU-Rats-Präsidentschaft führt. Polen ist in der gleichen Stimmrechtsgruppe wie die Schweiz beim Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

«Noch keine Beurteilung»

Das EFD sagte auf Anfrage, dass sich die Schweiz bei diesem Treffen nicht an Diskussionen über einen europäischen Verteidigungsmechanismus beteiligen werde. Im Verteidigungsdepartement hiess es, man prüfe laufend, inwiefern neue Initiativen von Interesse sein könnten. Und: «Bezüglich eines allfälligen Rüstungsfonds liegt noch keine Beurteilung vor.»

Es würde jedenfalls nicht unbedingt erstaunen, wenn die Schweiz früher oder später mit europäischen Forderungen zur Mitfinanzierung von Verteidigungsprojekten konfrontiert wäre.

Auch für die Schweiz sind europäische Gremien in Sachen Verteidigung nicht zwingend ein Tabu. Im Oktober 2004 unterzeichnete die Schweiz die Beitrittserklärung zur European-Sky-Shield-Initiative. Diese soll namentlich eine stärkere Koordination in Sachen Beschaffung, Ausbildung und Logistik zur bodengestützten Luftverteidigung ermöglichen. Jener Beitritt ist laut Bundesrat vereinbar mit der Schweizer Neutralität – nicht zuletzt wegen eines neutralitätsrechtlichen Vorbehalts.